



BVV SÜDWEST

Journal der CDU-Fraktion Steglitz-Zehlendorf Nr. 38 / 6. Juli 2024



Die ukrainische Flagge wurde gleich mit eingeholt

FDP verhindert Israels Fahne am Rathaus

Steglitz-Zehlendorf. Bis vor wenigen Wochen wehten vor dem Rathaus Zehlendorf die Fahnen Israels und der Ukraine. Dann ließ Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (Grüne) die israelische abhängen.

Deshalb hatte die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf beantragt, die Fahne des Staates Israel wieder neben die der Ukraine am Rathaus Zehlendorf zu hängen: „Das Bezirksamt wird er sucht, in Verbundenheit mit unseren von Terror und Krieg heimgesuchten Partnerstädten in Israel und in der Ukraine die Fahnen dieser Länder am Rathaus Zehlendorf dauerhaft zu hissen.“

Die im Bezirk regierende Ampel-Zählgemeinschaft aus Grünen, SPD und FDP änderte daraufhin am 6. Juni den Antrag, um künftig nicht mehr die Fahnen beider Nationen unserer Partnerstädte zu hissen, sondern nur noch die der drei Partnerstädte Charkiw, Kriat Byalek und Sderot. „Diese Flaggen dürften den meisten gänzlich unbekannt sein“, so die Kritik des CDU-Fraktionschefs Torsten Hippe.

Niemand ohne nähere Kenntnisse könne die Embleme der Partner-



Auf dem Foto weht die ukrainische Flagge noch vor dem Rathaus Zehlendorf. Im Zuge der Diskussionen um das Hiszen der israelischen Fahne ließ man sie kurzerhand gleich mit verschwinden. Foto: M. A. Schmidt

städte identifizieren und zuordnen, so der Einwand Hippes. Im zuständigen Haushaltsausschuß unterstützte die FDP-Fraktion die Antrags-Änderung. Daraufhin hat die CDU in der Juni-Sitzung der BVV den ursprünglichen Antrag zur Aufhängung der beiden Nationalfahnen Israels und der Ukraine erneut zur Abstimmung gestellt. Dort enthielt sich die FDP der Stimme, so daß der Änderungsantrag mit den Stimmen von Grünen, SPD und Linken angenommen wurde. Die Abstimmung über den ursprünglichen CDU-Antrag ging denkbar knapp aus, 24 zu 24. Damit war er an der FDP gescheitert.

„Hätte auch nur ein FDP-Verordneter dem Antrag der CDU zugestimmt, könnte nun wieder die israelische Fahne vor dem Rathaus Zehlendorf hängen, betonte Hippe. Er nannte das Verhalten der FDP beschämend und verstörend: „Der einzige Grund, warum sich die Zählgemeinschaft und die Linken für die Fahnen der Partnerstädte, die keiner kennt, entscheiden, ist, daß sie die Flagge des Staates Israel nicht am Rathaus wehen sehen wollen.“ Offenbar sei ihnen das so wichtig, daß sie die ukrainische Flagge dort gleich mitversenkten.“ Die FDP stelle sich damit politisch an die Seite der linken Israel-Feinde in Berlin.

Liebe Leser,

Neun Monate schon sind vergangen, seit beim Angriff von Hamas-Terroristen auf den Süden Israels 1139 Menschen ermordet wurden – darunter 766 Zivilisten, 36 Minderjährige, 373 Soldaten. Zudem wurden 5400 verletzt und 240 nach Gaza entführt, von denen weitere in der Gefangenschaft zu Tode kamen.



Dieses Massaker war der größte Massenmord an Juden seit dem 2. Weltkrieg. Er hat nicht nur Israel schockiert, sondern auch bei uns Erschütterungen ausgelöst. Zwei Tage nach dem entsetzlichen Ereignis versammelten sich Bezirkspolitiker und Bürger am Sderot-Platz in Zehlendorf-Mitte, um ihr Mitgefühl mit der Partnergemeinde und Israel auszudrücken. Als Zeichen der Verbundenheit bekam die israelische Fahne einen Platz an den Masten vorm Rathaus in der Kirchstraße, wo seit Februar 2022 bereits die ukrainische hing.

Doch seither gibt es nicht nur Solidarität mit den Angegriffenen, zu denen Deutschland seit Gründung der Bundesrepublik eine besondere Beziehung hat. In Berlin und auch im Bezirk erignen sich nach der robusten Antwort der israelischen Regierung auf den Hamas-Terror Angriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen. Das Vorgehen gegen die Hamas im Gaza-Streifen dient als Vorwand für hemmungslose Propaganda gegen den Staat Israel, dessen Existenzrecht praktisch bestritten wird.

Zu den Kulissen für die Terror-Reklame zählt auch die Freie Universität in Dahlem, wo „Pro-Palästina“-Demonstranten „Protest-Camps“ abhalten und jüdische Kommilitonen bedrängen und am Betreten von Lehrveranstaltungen hindern. Wiederholt kam es auf dem FU-Campus zu Aktionen von Sympathisanten, welche die Verbrechen durch Hamas verharmlosen, leugnen oder gar feiern. Mehrmals hat die BVV-Fraktion der CDU gefordert, solche Haßpropaganda zu unterbinden.

Offenbar aus Angst vor militanten Israel-Feinden hat die Leitung des von Grün-Rot-Gelb getragenen Bezirksamtes die Fahnen Israels abgehängt und die der Ukraine gleich mit (s. Aufmacher auf dieser Seite). Führt die angespannte Atmosphäre im neuen Deutschland nun dazu, daß das Bekenntnis zu Israel schon Mut erfordert? Die Fahnen beider Nationen schmücken nun im Rathaus die Tür der CDU-Fraktionsräume.

Ich wünsche Ihnen schöne Sommerferien!
Ihr Martinus A. Schmidt

Am 9. Juli 2014 erschien das erste Journal der CDU-Fraktion

Zehn Jahre „BVV Südwest“

Ein Jahrzehnt und drei Wahlen sind vergangen, seitdem die erste Ausgabe der BVV Südwest erschien. Das Journal der CDU-Fraktion informiert seitdem quartalsweise über „Neuigkeiten aus der Politik im schönsten Bezirk Berlins“ – wie es damals in der ersten Ausgabe versprochen wurde.

Seitdem ist viel passiert, nicht immer zum Segen des Bezirks. Die CDU ist zwar durchgehend – und nach dem jüngsten Wählervotum im Februar 2023 mit noch größerem Abstand – die stärkste Fraktion im Bezirk, doch hat ein grün-rot-gelbes Bündnis 2021 nach dem Ende der Zählgemeinschaft mit den Grünen die erfolgreiche Bürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski durch die Grüne Maren Schellenberg ersetzt. Die Ergebnisse ihrer Arbeit sind bekannt – von selbstverschuldeten Haushaltsproblemen bis zur Vergeudung von fast 125 000 Euro für unsinnige Straßenbemalung – und wurden mehrmals von CDU-Fraktionschef Torsten Hippe als „Scheitern“ gebrandmarkt. Es fehlt eine vernünftige Politik mit Sinn für das Machbare, Respekt vor dem Bürger und den Gesetzen, kurz: Sachlichkeit und Augenmaß statt Ideologie.

Wenn erst Verwaltungsgerichte das falsche Amtshandeln des Bezirksamtes korrigieren müssen, sollten Verantwortliche ihr Handeln in Frage stellen. Das Wahlergebnis der Wiederholungswahl im vergangenen Jahr hatte auch zur Folge, daß die CDU danach drei von sechs Stadtratsposten besetzen darf. Neben Cerstin Richter-Kotowski und Tim Richter trat Patrick Steinhoff als Dezernent für Stadtentwicklung die Nachfolge des unglücklichen Michael Karnetzki an. Eins ist indes klar: Vernünftige Verhältnisse im Bezirk wird es erst wieder geben, wenn die CDU wieder die Bürgermeisterin stellt und mit klarer Mehrheit die Politik Steglitz-Zehlen-

dorfs bestimmen kann. Experimente und Abenteuer kann sich dieser Bezirk nicht mehr leisten, wenn alle Mittel knapper werden und Ämter sich schwertun, ihre gesetzlich vorgegebenen Aufgaben befriedigend zu erfüllen. Nicht nur im Bürgeramt liegen die Dinge im Argen.



Auch gilt heute noch, was vor zehn Jahren in der ersten „BVV Südwest“ stand: Die christlich-demokratischen Bezirksverordneten sind in ihrem Kiez und ihrer Arbeit mit den Anliegen der Bürger vertraut und die Leser eingeladen, sich an der Debatte um die Gestaltung der Zukunft Steglitz-Zehlen dorfs zu beteiligen. Noch immer ist der Bezirk gerade für Familien unter den drei beliebtesten in der Hauptstadt. Kritische Anmerkungen zu unserem Journal sind immer willkommen.

Stadträtin Cerstin Richter-Kotowski zu Honorarkräfte an Musikschulen und VHS

Musik und Weiterbildung nur vorerst gesichert

Steglitz-Zehlendorf. Das „Herrenberg-Urteil“ des Bundessozialgerichts über die Vergütung von Honorarkräften hat auch den Bezirk schwer getroffen. Dazu beantwortete Kultur- und Bildungstadträtin Cerstin Richter-Kotowski (CDU) in der Juni-BVV eine Große Anfrage.



Mehr als 700 Honorarkräfte sind im Bezirk beschäftigt, die meisten an der Volkshochschule oder der Musikschule, insgesamt 678, davon 244 in

arbeitnehmerähnlicher Beschäftigung. Nach dem Urteil müßten die meisten der Verträge neu abgeschlossen werden. Ohne Unterstützung der Landesebene sind die finanziellen Folgen des Urteils nach Richter-Kotowskis Worten nicht zu bewältigen. Der Bezirk brauche Zeit, „wenn wir den Erhalt der betroffenen Einrichtungen sicherstellen wollen. Dies betrifft einerseits die Erfüllung unseres Bildungs- und Kulturauftrags, andererseits aber auch unsere Verantwortung für die Existenzsicherung der Honorarkräfte“.

Daher werde der Bezirk den Betrieb zunächst bis Ende des Jahres 2024 in gewohnter Weise fortsetzen, zugleich aber die notwendige finanzielle und auch rechtliche Unterstützung auf Landesebene ein-

fordern. Bereits im März befaßte sich der Senat mit den praktischen Folgen des Urteils. Im Mai und Juni fanden im Bezirk weitere Sitzungen zur Lage statt: „Vorbehaltlich der vom Senat eingeleiteten Schritte haben wir zeitlich begrenzt festgelegt, daß ich als zuständige Dezernentin für Weiterbildung und Kultur die dringlich notwendigen Honorarverträge zur Aufrechterhaltung des Betriebs der VHS, der Musikschule und der Jugendkunstschule sowie des Kulturamtes unterschreibe“, versicherte die CDU-Politikerin.

Honorarverträge enthielten nun eine neue Klausel, wonach sie unter dem Vorbehalt eines Prüfergebnisses über das Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung stünden. Dadurch soll das rechtstreue Verhalten des Bezirksamtes für den Fall der Feststellung einer abhängigen Beschäftigung verdeutlicht werden. Das Bezirksamt werde in diesem Fall seine Verpflichtungen uneingeschränkt beachten, so daß kein Raum für strafbares Handeln in Betracht komme. Zugleich würden dadurch auch die Honorarkräfte vertraglich gebunden.

In der Jugendkunstschule wurde nach Richter-Kotowskis Auskunft ein Honorarvertrag durch die Amtsleitung unterschrieben und damit ein „Statusfeststellungsverfahren“ verbunden, um mehr Klarheit in Bezug auf die Auswirkungen des Herrenberg-Urteils auf Jugendkunstschulen zu schaffen. Im übrigen werde im Hinblick auf ein einheitliches Vorgehen, gesteuert



Das Urteil des Bundessozialgerichts könnte den Unterricht an der Musikschule (hinten) und der Volkshochschule gefährden. Foto: M. A. Schmidt

durch die zuständigen Senatsverwaltungen, vorerst kein Statusfeststellungsverfahren beantragt. „Insbesondere wird der Ausgang der von der Rentenversicherung 2018 bis 2021 durchgeführten Betriebsprüfung abgewartet“, fügte die Stadträtin hinzu. Das Prüfergebnis liege bis heute nicht vor. Insoweit blieben dort getroffene Ergebnisse zu Statusfeststellungen abzuwarten.

Betrieb von Weiterbildungseinrichtungen bedroht

Insgesamt würden etwa 700 Honorarkräfte im Bezirk regelmäßig beschäftigt, wovon knapp 250 als sogenannte arbeitnehmerähnliche Honorarkräfte tätig und damit von den Einrichtungen wirtschaftlich abhängig seien. In der VHS seien derzeit 435 Honorarkräfte im Einsatz, von denen 121 arbeitnehmerähnlichen Status hätten. Auf die

Musikschule entfallen laut der Stadträtin 243 Honorarkräfte, davon 123 arbeitnehmerähnlich.

Der Senatsbeschuß vom März biete keine ausreichende Absicherung der mit der Planung und Umsetzung beauftragten bezirklichen Mitarbeiter. Dies gelte nicht nur in haftungsrechtlicher und finanzieller, sondern auch in strafrechtlicher Hinsicht. Die Senatsverwaltungen hätten die Bezirksamter unterrichtet, daß mit der Deutschen Rentenversicherung Bund ein Moratorium ausgehandelt werde, wonach für eine begrenzte Zeit auf „Statusfeststellungsverfahren“ verzichtet wird und ein rechtssicheres Beschäftigungsmodell entwickelt werden solle. Richter-Kotowski: „Sollte es nicht gelingen, kurzfristig Lösungen zu erarbeiten und dafür notwendige Ressourcen bereitzu-

stellen, ist die Existenz der Einrichtungen tatsächlich bedroht.“

Schon heute handeln die Bezirke nicht mehr einheitlich. Steglitz-Zehlendorf wird sich spätestens im Herbst dieses Jahres vorbehaltlich der Ergebnisse auf Landes- und Bundesebene entscheiden müssen, ob und unter welchen Bedingungen der Betrieb auch Anfang 2025 fortgesetzt werden kann. Grundproblem aller Länder und Kommunen hierzulande sei, daß die Deutsche Rentenversicherung die Entscheidungskriterien des Herrenberg-Urteils auf fast jeden Fall anwende. Eine Besonderheit in Berlin: Im Bereich der VHS sei die soziale Absicherung für arbeitnehmerähnliche Personen sehr weitreichend. Neben den Zuschlägen zur Renten- und Krankenversicherung werde auch Urlaubsentgelt, Ausfallhonorar im Krankheitsfall gezahlt sowie Bildungsurlaub gewährt. „Ein Unternehmerrisiko als Kriterium für die Feststellung selbständiger Tätigkeit ist da schwer begründbar“, so Richter-Kotowski.

Bundesweit haben Musikschulen nach ihren Angaben einen hohen Anteil festangestellter Lehrkräfte von etwa 75 Prozent. Dagegen liegt er an Berliner Musikschulen nur bei 25 Prozent. „Um hier Anschluß an die Verhältnisse anderer Länder zu finden, wären erheblich höhere Aufwendungen für neu einzurichtende Stellen sowie die dazugehörigen Strukturen zu leisten – ergo: zusätzliche Haushaltsmittel“, so die Dezernentin abschließend.

Bezirksverordneter Ralf Fröhlich



Der Ladiusmarkt fand im Breitensteinweg eine neue Heimat. Foto: M. A. Schmidt

Ladiusmarkt bleibt im Breitensteinweg

Zehlendorf. Der während der Bauarbeiten in der Andreezeile vorübergehend in den Breitensteinweg umgezogene Ladiusmarkt kann nach dem Beschluß der BVV dauerhaft dort stattfinden.

Einen entsprechenden Antrag des Bezirksverordneten Ralf Fröhlich nahm die BVV auf ihrer Juni-Sitzung an. Er verpflichtet das Bezirksamt zu prüfen, ob der Wo-

chenmarkt im Ausweichquartier an der Ecke Andreezeile/Breitensteinweg verbleiben kann.

Zu Beginn des Monats Juni wurde der Ladiusmarkt wegen der Bauarbeiten in der Andreezeile verlegt. Das Echo von Marktbesuchern und Händlern ist jedoch geteilt. Während einige mit dem neuen Standort zufrieden sind, beklagen andere den Platzmangel. „Es ist dunkel und gedrängt“, sagt Edith Seifert, die den Markt regelmäßig besucht. Zudem würden Händler auf der Südseite nun im Modder stehen. Dagegen begrüßt ein Gemüsehändler die Möglichkeit besserer An- und Abfahrt für die Marktwagen.

Sie erreichen Ralf Fröhlich unter 0179 / 537 93 63 oder per E-Mail an fruehlich-ralf@gmx.de.



Bezirksverordneter Bernhard Lücke

Mehr Trinkbrunnen im Bezirk

Steglitz-Zehlendorf. Für den Durst zwischendurch sollen nach Vorstellung der CDU-Fraktion zwei Dutzend neuer Wasserspender im Bezirk aufgestellt werden.

Ein Antrag des Bezirksverordneten Bernhard Lücke sieht vor, das Bezirksamt zu bitten, bei den Berliner Wasserbetrieben anzuregen, daß die Zahl der Trinkbrunnen im Bezirk deutlich erhöht wird. Bevorzugte Standorte sind nach Lückes Plan S-Bahnhöfe, Plätze und Einkaufsstraßen. Der Schutz der Bevölkerung vor großer Hitze sei nur effektiv, so Lücke, wenn er über gute Ideen hinausgehe.

Sie wollen das auch? Nehmen Sie mit uns Kontakt auf, wir werden gemeinsam tätig. B.Luecke@cdusz.de



Berlin hat nach Angaben des Kommunalpolitikers mit der Installation solcher Brunnen begonnen, doch sei Steglitz-Zehlendorf dabei noch „unterausgestattet.“ Außer an Bahnhöfen sieht Lückes Vorhaben neue Wasserspender an Badestellen, größeren Kreuzungen wie an der Lankwitzer Kirche oder der Königin-Luise-Straße gegenüber dem Grunewald, dem Wanneseenanleger, im Gewerbegebiet Goerzallee und Lausanner Straße vor.



Die CDU-Fraktion möchte, daß im Bezirk weitere Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden. Foto: M. A. Schmidt

Bezirksverordnete Dr. Sabine Lehmann-Brauns

Teufelsbrücke in Klein-Glienicke als Denkmal wiederherstellen

Wannsee. Die seit 2013 geplante Instandsetzung der Teufelsbrücke im Schloßpark Klein-Glienicke soll nach dem Willen der CDU-Fraktion endlich in Angriff genommen werden.

In einem Antrag der Bezirksverordneten Sabine Lehmann-Brauns wird das Bezirksamt aufgefordert, bei der zuständigen Senatsverwaltung mit Nachdruck die denkmalgerechte Wiederherstellung zu fordern, um eine völlige Zerstörung des 1838 von Ludwig Persius geschaffenen Baudenkmals zu verhindern. Dabei solle unter Aufsicht von Denkmal-Experten die Wiederherstellung der mit Absicht als Bauruine konzipierten Brücke im Stile der Romantik im Original umgesetzt werden, begründet Lehmann-Brauns den Antrag. Wasserspiele sollten dann nur zu besonderen Anlässen stattfinden, wie sie einst von Schinkel-Schüler Ludwig Persius im Auftrag des Prinzen Carl von Preußen installiert worden waren.

Die zum Weltkulturerbe gehörende Brücke erfuhr im Laufe des 20. Jahrhunderts Umwandlungen, die das Denkmal verfremdeten. Bereits die NS-Machthaber hatten laut Lehmann-Brauns Hand an die Denkmalaruine für eine „perfekte“ Brücke gelegt.

Seit 2009 gibt es zwischen Senat und Landesdenkmalamt unterschiedliche Ansichten zu ihrer Zu-



Zeichnung der Teufelsbrücke von Ludwig Persius. Foto: wikipedia / SPSG Potsdam

Sie erreichen Dr. Sabine Lehmann-Brauns per E-Mail an anwaltskanzlei@bln.de



sich der Bezirk Steglitz-Zehlendorf kümmert. Der Bezirk ist zwar für den Park zuständig, nicht aber für die Teufelsbrücke, denn für Brückenbauwerke ab 1,5 Metern Höhe ist in Berlin die Senatsverkehrsverwaltung zuständig.

Indessen verrotten die Mauern des teilweise eingestürzten Bauwerks weiter. Mehrere Stellen streiten um die Zuständigkeit beim Wiederaufbau. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten ist für das Schloß Glienicke zuständig, aber nicht für den Park, um den

Witterungsbedingungen, unsachgemäße Nutzung und behelfsmäßige Befestigungen haben nach Ansicht der CDU-Politikerin zu einer fortschreitenden Zerstörung der Substanz geführt, die für die Bewahrung des kulturellen Erbes aufzuhalten geboten sei.

Bezirksverordnete Christine Mögling

Den Rumpelbasar retten!

Lichterfelde. Der Großbrand am 3. Mai dieses Jahres hat nicht nur die Produktionsstätte der Diehl Metall in Lichterfelde zerstört, sondern auch das Sozialkaufhaus „Rumpelbasar“ in Mitleidenschaft gezogen. Das Geschäft mit gespendeten Gütern wie Möbeln oder Kleidung ist seither ohne Heimstätte.



Durch den Großbrand ist auch das Sozialkaufhaus „Rumpelbasar“ betroffen. Die CDU-Fraktion fordert, daß die wichtige Einrichtung so rasch wie möglich wieder eröffnen kann. Foto: M. A. Schmidt

Sie erreichen Christine Mögling per E-Mail an info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de



an die Schadensverursacherin, die Firma Diehl Metall, herantreten, ihr die Wichtigkeit des Sozialprojektes „Rumpelbasar“ darlegen und sie bitten, die Wiederaufnahme des Betriebs des „Rumpelbasars“ unkompliziert durch Geldzuwendung an den gemeinnützigen Verein angemessen sofort zu unterstützen.

Zudem möge, so die CDU-Kommunalpolitikerin, das Bezirksamt

Der Rumpelbasar mit seinen über 40 ehrenamtlichen Helfern sei für viele, so Mögling, nicht nur Sozial-

bedürftige, sondern für alle Bürger in Steglitz-Zehlendorf schon seit 1970 eine nicht mehr wegzudenkende Anlaufstelle: „Seit dem Brand Anfang Mai ist der Rumpelbasar unverschuldet existenziell bedroht, viele Menschen mit geringem Einkommen sind darauf angewiesen, hier günstig einzukaufen wie etwa Schulranzen und Spielzeug für Kinder.“ Die angemieteten Räume seien nicht mehr nutzbar, es fehlten Flächen für die Annahme und Lagerung neuer Spenden. Von einer einzigartigen Struktur ehrenamtlich Tätiger hänge das Wohl vieler sozialbedürftiger Einwohner Berlins ab, betont die CDU-Politikerin. Der Rumpelbasar dürfe nicht sterben.

Bezirksverordneter Leo Wolters

Tausende kaputte Laternen im Bezirk

Steglitz-Zehlendorf. Mehr als 10 000 kaputte Straßenlaternen im Bezirk haben die CDU-Fraktion zu einer Kleinen Anfrage in der BVV veranlaßt.

Der Bezirksverordnete Leo Wolters möchte vom Bezirksamt Einzelheiten zu der großen Zahl ausgefallener Lampen erfahren: „Ist dem Bezirksamt bekannt, daß Steglitz-Zehlendorf 2023 mit 10 046 die meisten defekten Leuchten in Berlin hat?“, fragt der CDU-Politiker. Wie erkläre sich diese hohe Zahl?

Zudem nimmt der Verordnete Bezug auf die vom Bezirksamt geäußerte Absicht, sogenannte „Angsträume“ auf dunklen Straßen zu verhindern. Gerade diese würden durch großflächigen Ausfall der Beleuchtung wie etwa an der Rehewiese erst entstehen, so argwöhnt der Kommunalpolitiker. Abschließend verlangt Wolters



Besonders Gaslaternen im Bezirk sind störungsanfällig und schaffen Sicherheitslücken. Foto: M. A. Schmidt

Sie erreichen Leonard Wolters per E-Mail an wolters@cdu-bvv-sz.de



nach Auskunft, was das Bezirksamt unternehme, um die Fehler rasch zu beheben.

Defekte Laternen können unter ☎ 0800 110 20 10 gemeldet werden.

Bezirksverordneter Michael Mc Laughlin


Bänke könnten die Aufenthaltsqualität in der Straße erhöhen. Foto: M.A. Schmidt

Eine weitere Sitzbank für die Breisgauer Straße

Schlachtensee. Die CDU-Fraktion will Passanten in der Breisgauer Straße das Flanieren erleichtern.

Dazu schlägt der Bezirksverordnete Michael Mc Laughlin die Aufstellung einer weiteren Sitzbank vor. In seinem Antrag wird das Bezirksamt ersucht, die Möglichkeit einer solchen Installation zwischen Matherhornstraße und Alt Vaterstraße zu prüfen. In der beliebten Geschäftsstraße nahe dem S-Bahnhof sind laut Mc Laughlin auch viele ältere Men-

Sie erreichen den Verordneten Michael Mc Laughlin telefonisch unter ☎ 0179 / 395 80 81.



schen unterwegs, die zwischen Einkäufen eine Sitzgelegenheit zum Ausruhen oder Verweilen brauchten, so der Kommunalpolitiker. In der Breisgauer Straße gibt es neben Fachgeschäften und einem Drogeriemarkt Arztpraxen und ein Apotheke, dahinter zwei Supermärkte von Aldi und Rewe.

IMPRESSUM

Herausgeber:
 CDU-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf,
 Kirchstraße 1-3, 14163 Berlin,
 Tel.: (030) 90 299-53 10,
 E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de
V.i.S.d.P.: Torsten Hippe
Redaktion: Martinus Araújo Schmidt

Verlag: FUNKE Media Sales & Services
 Berlin GmbH, Wilhelmstraße 139,
 10963 Berlin, Tel.: (030) 887 277 100

Druck: Axel Springer Druckhaus Spandau
Auflage: 124.190 Exemplare



Haben Sie Anliegen, Beschwerden oder Sorgen? Wir kümmern uns!

Wenden Sie sich an Fraktionsvorsitzenden Torsten Hippe:
 ☎ 902 99 53 10, Fax- 61 10,
 E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de

**Online mehr über unsere Fraktion erfahren:
 Weitere Infos erhalten Sie auch auf www.cdu-bvv-sz.de**

kurz & knapp

Bezirksverordnetenvorsteher René Rögner-Francke erinnert an den Jahrestag



Kunstmarkt der Generationen am Gutshaus

Lichterfelde. Der Verein Stadtteilzentrum Steglitz hatte am 22. Juni zum 9. Mal auf den Kunstmarkt der Generationen zum Gutshaus Lichterfelde eingeladen. Damit feierte das vor 70 Jahren restaurierte Haus zugleich stolze 25 Jahre Trägerschaft der Kita Schloßkobelde und engagierte Nachbarschaftsarbeit im Gutshaus Lichterfelde. Der Park verwandelte sich für den Tag in ein buntes Zentrum für Kunst und Kultur. Mit dabei für Bürgerdienste und Soziales zuständige Stadtrat Tim Richter (rechts im Bild): „Seit der Übernahme der Kita im Juni 1999 hat sich das Gutshaus Lichterfelde zum lebendigen Treffpunkt für Kinder, Eltern und Nachbarn entwickelt.“ Einmal im Jahr erreiche die Kreativität im Stadtteil ihren Höhepunkt – beim Kunstmarkt der Generationen. „Vielen Dank allen, die diesen Tag so besonders machten!“, sagte der Stadtrat.

AfD und Linke in der BVV keine Fraktion mehr

Steglitz-Zehlendorf. Die Parteien ganz rechts und ganz links in der Bezirksverordnetenversammlung haben ihren Fraktionsstatus verloren. Nachdem die Linke bereits nach der Wiederholungswahl im Februar 2023 nur zwei Sitze in der BVV und damit zu wenig für eine Fraktion erlangte, ist nunmehr auch die AfD von den Privilegien einer Fraktion befreit. Grund ist der Austritt eines Verordneten aus der Fraktion der „Alternativen“.

30 Jahre Abzug der Alliierten aus Berlin

Berlin. Im Juli 1994 verließen die letzten alliierten Soldaten unsere Stadt. Mit dem Vollzug der „Zwei-plus-Vier-Vereinbarung“ endete nach 49 Jahren die Präsenz der westlichen Schutzmächte in Berlin. Zum Abschied der Amerikaner aus Berlin hielt US-Präsident Bill Clinton am Brandenburger Tor eine bewegende Rede: „Bürger Berlins! Sie haben bewiesen, daß keine Mauer auf ewig die gewaltige Kraft der Freiheit einsperren kann“, rief er am 12. Juli auf dem Pariser Platz.

Für die Berlinerinnen und Berliner hieß es 1994, Abschied von „ihren Alliierten“ zu nehmen, die ihnen über lange Zeit vertraut geworden waren – zumal im Südwesten – aber auch an die Zeit zu erinnern, in der alles begann.

Als die Soldaten der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Sommer 1945 ihre Berliner Sektoren einnahmen, kamen sie als Sieger und Besatzer. Viele von Ihnen hatten an den alliierten Operationen in der Normandie, am Rhein, im Ruhrgebiet und bei der Besetzung des übrigen Reichsgebiets teilgenommen. Zahlreiche Soldaten standen dabei noch unter dem Eindruck der Bilder, die sich ihnen bei der Befreiung der Konzentrationslager boten. Sie besetzten eine zerstörte Stadt, in der die Menschen versuchten zu überleben.

In den schwierigen Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges standen die drei westlichen Alliierten fest an der Seite des freiheitlichen Berlins. Unvergessen ist die Luftbrücke, als die damalige Sowjetunion, nach dem Auseinanderbrechen der Koalition der Sieger, durch Sperrung aller Landwege zum westlichen Teil Berlins eine Blockade verhängte. Alliierte Flugzeuge transportierten über 11 Monate fast zwei Millionen Tonnen

Die amerikanischen Truppen in unserem Bezirk



▲ Die ehemaligen Andrews Barracks in der Finckensteinallee nutzt seit 1994 das Bundesarchiv.

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-60308-0004 / CC-BY-SA

◀ Am Luchs- und am Goldfinkweg in Schmargendorf wohnten US-Offiziere.

Foto: Fridolin freudenfett (Peter Kuley)

▲ Das Harnack-Haus in der Ihnstraße in Dahlem wurde von den Amerikanern als Offiziersclub genutzt.

Foto: Fridolin freudenfett (Peter Kuley)



▲ Die Villa Stauß an der Pacelliallee in Dahlem, erbaut 1913-14, war Residenz der amerikanischen Stadtkommandanten in Berlin.



▲ In der Reichshofer Straße befand sich eine Wohnsiedlung der US Army.

Foto: Bodo Kubrak

Quelle für alle Bilder: wikipedia.com

Versorgungsgüter in die Stadt. Damit legten sie den Grundstein für die tiefe Verbundenheit der Berliner Bevölkerung zu den USA, Großbritannien und Frankreich. Aus Besatzungsmächten wurden Schutzmächte, aus den ehemaligen Kriegsgegnern Freunde. Bei den nachfolgenden Berlin-Krisen, dem Chruschtschow-Ultimatum von 1958, dem Mauerbau 1961,

aber auch bei der späteren Gestaltung der Entspannungspolitik in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts blieben die Regierungen in Washington, London und Paris standhaft und leisteten ihren wichtigen Beitrag zur Bewahrung der Freiheit

Als sich am 9. November 1989 die Tore zwischen Ost- und West-Ber-

lin öffnete, ging für die Berlinerinnen und Berliner und für viele Menschen auf der Welt ein Traum in Erfüllung. Daß Berliner in Ost und West gemeinsam in Freiheit und einem zusammenwachsenden Europa leben konnten, war vor allem dem Mut, der Entschlossenheit und der Freundschaft der Amerikaner, Briten und Franzosen in den vergangenen Jahrzehnten zu verdanken. Heute erinnern viele Stellen des Bezirks an die historischen Leistungen der US-Schutzmacht für die Freiheit und Einheit der Stadt. Namen wie Lucius D. Clay, Harry S. Truman und John F. Kennedy sind untrennbar mit der Nachkriegsgeschichte Berlins und unseres Bezirks verbunden. Straßennamen und Plätze wie der „Platz des 4. Juli“ und der „Platz der US-Berlin-Brigade“ weisen heute auf die amerikanische Präsenz hin. Und eine Schule trägt seit 2013 den Namen des wohl bekanntesten Piloten der Luftbrücke, Gail Halvorsen.

30 Jahre sind seit Abzug der Alliierten vergangen. Als die GIs sich von den Berlinern verabschiedeten, hinterließ der US-Präsident ihnen eine Mahnung: „Die Arbeit an der Freiheit ist nicht leicht. Sie erfordert Disziplin, Verantwortung und einen Glauben, der stark genug ist, um Fehlschläge und Kritik zu überwinden. ...Und sie erfordert Wachsamkeit... Auf der ganzen Welt müssen wir denjenigen entgegen treten, die uns mit flammenden Reden über Rasse, Volk oder Religion spalten wollen.“

Vieles in den Ortsteilen, in denen die Kasernen der US Army standen, hat sich inzwischen verändert, und die Zeit ist über manches hinweggegangen. Aber auch 30 Jahre nach Abzug der amerikanischen Soldaten steht es uns gut an, an die US-Präsenz im Bezirk und den Einsatz der westlichen Alliierten für Berlin von 1945 bis 1994 mit Dankbarkeit zu erinnern.



CDU-Politiker zu Besuch in polnischer Partnerstadt Poniatowa

Steglitz-Zehlendorf. Aus Anlaß des Stadtgeburtstages von Poniatowa reisten CDU-Politiker des Bezirks in die polnische Partnergemeinde des Bezirks. Auf dem Stadtfest, an dem natürlich auch die polnischen Streitkräfte mit Vorführungen und Ausstellungen

teilnahmen, ließen sich Fraktionschef Torsten Hippe (re.) und der Berliner Abgeordnete Tom Czynski (li.) an einem der 69 polnischen M1A1-Abrams-Kampfpanzer von Kommandeur Plk Zbigniew Padyjasek die moderne Technik erklären. Foto: promo

Bezirkspolitiker ehrten Opfer des Volksaufstands

Den 17. Juni als Nationalen Gedenktag erhalten

Steglitz-Zehlendorf. Kommunalpolitiker haben am 17. Juni an den Volksaufstand von 1953 in Ost-Berlin und der DDR erinnert. An der Gedenkstätte auf dem Mittelstreifen der Potsdamer Chaussee legten Volksvertreter der CDU Kränze vor das kurz nach dem 17. Juni 1953 errichtete Holzkreuz, um die „Opfer sozialistischer Gewaltherrschaft“ zu ehren.

Bei dem Volksaufstand, der sich aus spontanen Streiks gegen Lohnkürzungen entwickelte und an dem sich mehr als eine Million Menschen beteiligten, wurden mehr als 50 Aufständische von sowjetischen Soldaten und Sicherheitsorganen der DDR getötet oder zum Tode verurteilt. Das SED-Regime inhaftierte in der Folge mehr als 15000 Bürger und verurteilte Tausende von Unschuldigen zu



Bezirksverordnete der CDU gedachten am Kreuz über der Avus der Opfer der SED-Diktatur. Foto: M.A. Schmidt

teils mehrjährigen Haftstrafen. 1963 wurde der 17. Juni durch Bundespräsident Heinrich Lübke zum „Nationalen Gedenktag des Deutschen Volkes“ erhoben. Er war bis 1990 als Tag der deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag.